

Frankfurt, 24. Januar.

Der Untergang der beiden serbischen Staaten, der auch durch abenteuerliche Wendungen montenegrinischer Politik nicht mehr aufzuhalten ist, legt es nahe, die Balkanpolitik in Rußlands wieder einmal in die Zusammenhänge der großen Weltereignisse hineinzustellen und nachzuprüfen, was von ihren früheren Richtlinien heute noch übrig bleiben mag. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat, ist dabei zu dem einzig möglichen Schluß gekommen, daß das Schicksal dieser Politik besiegelt ist, daß sie zusammengebrochen ist wie die beiden Staaten, auf die sich ihre Rechnungen hauptsächlich gründeten. Die militärische Katastrophe, die über Montenegro hereingebrochen ist, bedeutet dabei vielleicht einen noch ärgeren Schlag für das Prestige Rußlands, die eigentliche Grundlage seiner Balkanpolitik, als die Niederlagen des serbischen Königreichs. Seit zwei Jahrhunderten war das Reich der Schwarzen Berge das Objekt russischer Umtriebe, die mit jähher Folgerichtigkeit das eine Ziel der Erschütterung der osmanischen Herrschaft und der Lähmung des österreichischen Einflusses verfolgten. Schon Peter der Große schickte den Hospodaren von Montenegro und den Bischöfen und Aebten der paar Gebirgsklöster, die sich die Türken fernzuhalten verstanden, Geld und gute Worte. Seither sind Waffen aller Art, Kanonen, Gold, Lebensmittel, Schullehrer und Popen aus Rußland in das kleine Ländchen geschickt worden, das sich allmählich zum Fürstentum und sogar zum Königreich hinaufbeförderte. König Nikolaus, der jetzt in Lyon in der Verbannung eine in der Luft schwebende Regierung aufrichten will, erlebte es sogar, daß er von einem Zaren als „sein einziger Freund“ bezeichnet wurde und je näher die Lösung der Balkanfragen heranrückte, schien, desto geschickter mußte er seinen Wert vor den Herren von Petersburg geltend zu machen, die ihre Subsidien aller Art verdoppeln und verdreifachen mußten. Man war wohl in Rußland gelegentlich über die Zudringlichkeiten dieses Fürsten etwas aufgebracht, aber man wußte doch, daß er die zuverlässigste Karte im russischen Balkanpiel war und scheute nichts, um ihn zu unterstützen. Es wäre auch falsch, wenn man meinen möchte, Rußland habe während des Krieges nichts für seine Balkan Klienten getan, um derentwillen es schon während der Bukarester Friedensverhandlungen beinahe einen europäischen Krieg heraufbeschwor. Damals zwang es die Franzosen, auf ihren Schlachtschiffen in der Adria auch die russische Andreadasflotte zu zeigen und auch im jetzigen Kriege mußten französische Schiffe die Arbeit leisten, die Rußland nicht selber übernehmen konnte. Mehr zu tun war Rußland nicht imstande. Den Serben konnte es Waffen, Munition und Lebensmittel schicken, nach Montenegro aber stand kein gangbarer Weg offen. Daß dies während des größten Krieges, den Europa erlebt hat, offenkundig geworden ist, daß Rußland ohnmächtig zusehen muß, wie sein ältester Vasallenstaat im Verzweilungskampfe verblutet, das ist wirklich der Zusammenbruch einer Politik. Man wird das nicht nur auf dem Balkan erkennen, sondern auch in Rußland, wenn auch die Wege, auf denen in Zukunft die russische Politik gehen wird, einstweilen wohl auch denen noch dunkel sind, die darüber zu bestimmen haben. Die russische Balkanpolitik hat zuerst den Gegensatz zur österreichisch-ungarischen Monarchie geschaffen, der sich freilich durch eine ganze Reihe weiterer Fragen später erweiterte. Die Folgen einer Neuorientierung dieser Politik, die jetzt schon unvermeidlich geworden ist, werden schon um dieser Zusammenhänge willen auf die Entwicklung auch anderer europäischer Fragen zurückwirken.

Es wäre aber eine nicht unbedenkliche Einseitigkeit, die leicht im deutschen Publikum, das während des Krieges sich weit mehr mit der englischen als mit der russischen Politik beschäftigt hat, eine gedankliche Verwirrung anrichten könnte, wenn man die russische Politik gegenüber den kleineren Balkanmächten für sich allein betrachten wollte. Sie hängt tat-

sächlich von jeher aufs engste mit dem höchsten Ziel russischer Politik zusammen, mit dem Drange nach Konstantinopel. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrer Betrachtung diese Frage ausgeschieden, was sich allerdings damit rechtfertigen läßt, daß sie schon vor einigen Wochen in einem für Rußland ganz negativen Sinne gelöst worden ist, als nämlich die englische Regierung die Einstellung des verunglückten Angriffes auf die Dardanellen beschloß. Seither gibt es für Rußland keine mit menschlichen Vernunftsgründen zu stützende Hoffnung mehr, daß in diesem Kriege das alte Ziel erreicht werden könnte. Um Konstantinopel willen war aber ursprünglich die ganze russische Balkanpolitik eingeleitet worden, um seinerwillen nahm sie auch in den letzten zehn Jahren die scharf offensive Gestalt an, die auf den Ausbruch des Krieges unmittelbar eingewirkt hat als alle Einkreisungspolitik. Nach dem Berliner Kongreß trat Konstantinopel selbst etwas in den Hintergrund, weil zunächst der Streit um Bulgarien Jahre hindurch Europa beschäftigte; denn Rußland wollte den jungen Staat knechten, um daraus seine Hauptetappe auf dem Marsch nach dem Bosphorus zu machen. Es unterlag, und seine Eroberungstendenzen richtete sich nun längere Zeit gegen Ostasien. Als aber nach dem Krieg mit Japan der nahe Orient die Russen wieder lockte, mußte die Frage um das Schicksal Konstantinopels unbedingt in den Mittelpunkt der politischen Bestrebungen Rußlands treten. Da aber in der gleichen Zeit die deutsche Politik immer stärker die Notwendigkeit und den festen Willen betonen mußte, das osmanische Reich als Einheit zu erhalten, so bildete sich zwischen dem Deutschen Reich und Rußland ein Gegensatz heraus, der schließlich an innerer Bedeutung nicht hinter dem alten und allbekanntem zurückstand, der die habsburgische Monarchie vom Zarenreiche trennte. Gewiß waren es „zum großen Teil innerpolitische Einflüsse“, die den Anschluß Rußlands an die deutschfeindliche Koalition herbeiführt haben. Aber der wachsende russische Nationalismus, der die alten Forderungen der panslawistischen Außenpolitik übernahm und bis weit in die liberalen Kreise hinein um sich griff, und auf der anderen Seite die Furcht vor Revolutionen, die man durch eine Diversion nach außen zu bändigen hoffte, mußten nach der Richtung hin wirken, auf die tatsächlich die einzige niemals vergessene Lösung hinwies, die allein es ermöglichen würde, ganz Rußland zu einigen.

Auch unter den russischen Staatsmännern fehlte es vermutlich nicht an solchen, die gerne in die von Deutschland bereitwillig entgegengeforderte Freundschaft eingeschlagen hätten, umso lieber, als vielen in diesen Kreisen das Bündnis mit Frankreich unsympathisch war. Aber die innere Spannkraft des alten Dranges nach Konstantinopel wuchs immer mehr, je schneller die Ereignisse auf dem Balkan zur Lösung der vielen Fragen drängten, die durch die Weisheit der europäischen Gleichgewichtspolitik immer nur hinausgeschoben worden waren. Die kühle Rechnung des Verstandes hätte die besonneneren russischen Staatsmänner zum Ausgleich mancher dieser Fragen, die den deutsch-russischen Gegensatz verschärften, bestimmen können. Aber sie waren schließlich, wie auch die sentimentalischen Erwägungen, die durchaus nicht allen russischen Politikern fremd blieben, nicht stark genug, um die nach den Balkankriegen mit reißender Schnelligkeit sich entwickelnde Gefahr einzudämmen. Vielleicht war eben die starke Betonung der aus langer Tradition erwachsenen gefühlsmäßigen Elemente in der einstigen deutsch-russischen Freundschaft das, was schließlich eine offene Aussprache verhinderte. Als die deutsche Militärmission unter Liman v. Sanders nach Konstantinopel ging, brach in Rußland ein Sturm aus, der die seit hundert Jahren sorgfältig aufgebauten und behüteten Schranken, die einst eine wirkliche politische Freundschaft bedeutet hatten, niederriß und allen Leidenschaften freie Bahn ließ. Nicht einmal die persönlichen Bemühungen des Deutschen Kaisers konnten nun das Schicksal noch abwenden, wozu freilich die persönlichen Eigenschaften Nikolaus' II. noch das ihrige beitrugen. Die deutsch-russische

Freundschaft brach über dem Gegensatz in der größten Frage der russischen Außenpolitik zusammen.

Die russische Regierung hat die Freundschaft der Monarchen, die natürlich der deutschen Politik manche Rücksicht aufnötigte, bis zum letzten Augenblicke geschickt dazu ausgenützt, um da sie den Zaren selber noch zu einem hinterhältigen und listigen Telegramm an Kaiser Wilhelm nötigte, die Aufmerksamkeit Deutschlands von ihren Umtrieben im Orient abzulenken. Dabei bereitete sie im Innern ganz bewußt den Krieg vor, nicht nur durch die maßlosen militärischen Rüstungen, sondern auch durch eine methodische, kein Mittel der Verleumdung scheuende Hege in der Presse. Die ganz selbstverständlichen Rücksichten internationaler Höflichkeit verhinderten leider eine rechtzeitige wirksame Gegenpropaganda von deutscher Seite. Es wäre von größter Bedeutung gewesen, wenn die Tatsache, daß Kaiser Wilhelm den Zaren auf die Gefahren eines dauernden Widerstandes gegen die Wünsche seines Volkes nach Einführung einer parlamentarischen Vertretung hingewiesen hat, beizeiten in Rußland bekannt geworden wäre, wo man leider gerade das Gegenteil davon geglaubt hat. Dort waren die liberalen Kreise so sehr auf herkömmliche Dogmen eingeschworen, daß sie sogar die Bedeutung der Zusammenkunft Edwards VII. mit dem Zaren in Reval übersahen; erst die dadurch manifestierte Wendung der englischen Politik, die noch kurz vorher durch Campbell-Bannerman ihre Sympathien für die russische Revolution ausgesprochen hatte, gab der Regierung des Zaren freie Hand zum Staatsstreik. Es ist vielleicht auch jetzt noch nicht zu spät, um die sehr bedeutsame Feststellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ auch in Rußland zu verbreiten, soweit die Verkehrsbeschränkungen, die der Krieg mit sich bringt, dies zulassen.

Der Zusammenbruch der deutsch-russischen Freundschaft hat die Möglichkeit geboten, frühere Rücksichten fallen zu lassen und endlich den Vorurteilen entgegenzutreten, die von der russischen Regierung im eigenen Interesse genährt wurden. Die Katastrophe der russischen Balkanpolitik räumt vollends mit den Resten einer nummehr abgeschlossenen geschichtlichen Epoche in den Beziehungen der beiden Reiche auf. Deutschland wird auch nach dem Kriege sein Verhältnis zu dem östlichen Nachbar wesentlich mit Rücksicht auf die Fragen des nahen Orients bestimmen müssen, aus rein realpolitischen Erwägungen heraus, die vielleicht den künftigen Frieden besser sichern werden als freundliche Illusionen.